



FOTO: STUART NEATBY

Krieg gegen die Armen

Debatte um Stationierung der UN-Truppen in Haiti

Ende Februar erschien in der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada* ein Kommentar des uruguayischen Journalisten Raúl Zibechi, in der er in ungewöhnlich heftiger Form die in Haiti stationierten UN-Blauhelmsoldaten des Völkermords bezichtigt. Die Kritik Zibechis richtet sich insbesondere gegen die lateinamerikanische Linke, die es schweigend hinnimmt, dass Regierungen an einem militärischen Besatzungsregime in Haiti beteiligt sind, denen der Ruf vorausgeht, die Interessen der Armen zu vertreten. Gemeint sind hier die Regierungen Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Boliviens und Uruguays. Das ganze Ausmaß des haitianischen Dramas wird deutlich, wenn man die nach der Veröffentlichung dieses Artikels erschienene Replik des haitianischen Botschafters in Mexiko, Idalbert Pierre-Jean, liest. Darin streitet dieser den Tatbestand des Völkermords mit der seltsam anmutenden Begründung ab, dass in Haiti „keine Ethnien existieren“. Unsere LeserInnen mögen sich an Hand der beiden Positionen selbst ein Bild von dem entwürdigenden Teufelskreis machen, in dem sich das „ärmste Land der westlichen Hemisphäre“ seit Jahren befindet.

VON RAÚL ZIBECHI

In einem Zeitraum von weniger als zwei Jahren haben die Truppen der MINUSTAH (UN-Mission für die Stabilisierung Haitis) in Cité Soleil, einem Elendsviertel von Port-au-Prince, drei Massaker angerichtet. Laut zahlloser Zeugenaussagen, die von den kommerziellen Medien kaum verbreitet werden, dringen die Besatzungskräfte mit gepanzerten Fahrzeugen in dieses ärmste Viertel der völlig verarmten Insel ein und werden dabei noch von artillerie-

bestückten Hubschraubern unterstützt. Mindestens zweimal, am 6. Juli 2005 und am 22. Dezember 2006, schossen sie dabei auf die unbewaffnete Bevölkerung und töteten einige Dutzend aus deren Reihen. Viele starben in ihren prekären Behausungen, in die sie vor den Blauhelmen geflüchtet waren. Der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel spricht davon, dass allein im ersten Jahr der MINUSTAH-Stationierung 1200 Personen durch Gewaltakte umgekommen sind.

Auffällig ist dabei, dass die lateinamerikanischen Linken – die zu Recht die Kriege in Irak und Afghanistan als imperiale zurückweisen – bei dem stattfindenden Völkermord in Haiti ihre Stimme nicht erheben. Die Tatsache, dass sich die UN-Truppen mehrheitlich aus Ländern zusammensetzen, die gerne als progressiv und links bezeichnet werden, dabei mehr als 40 Prozent der 7000 Soldaten und Offiziere stellen, die wiederum von Lulas Brasilien kommandiert werden, sollte ein zusätzlicher Grund sein, aktive Solidarität mit der haitianischen Bevölkerung zu zeigen. Die Motive, die für die Entsendung von Truppen auf die Insel angeführt werden, halten keiner Prüfung stand. Das Hauptargument lautet: Beitrag zur Befriedung und Festigung der Demokratie, wofür die Entwaffnung und Zerschlagung der „Banditen“ und Drogenringe notwendig sei – als ob diese Probleme mit militärischen Mitteln gelöst werden könnten. Mehr als 100 000 Demonstranten forderten am vergangenen 7. Februar den Abzug der Mission und die Rückkehr des legitimen Präsidenten Jean Bertrand Aristide, wohingegen die UNO entschlossen ist, den Aufenthalt der Blauhelme zu verlängern.

Für Brasilien, das den größten Teil der Truppen in Haiti stellt, handelt es sich darum, genügend internationale Aufmerksamkeit zu erhalten, die es ihm erlaubt, den angestrebten permanenten Sitz im Sicherheitsrat der UN zu erhalten. Einige Beobachter behaupten gar, dass die MINUSTAH die Probe aufs Exempel einer zukünftigen „lateinamerikanischen NATO“ ist, ein Modell, das verschiedene Regierungen der Region vorantreiben. Parallel dazu gibt es von einem antiimperialistischen Standpunkt

Aus der Stellungnahme des haitianischen Botschafters in Mexiko, Idalbert Pierre-Jean:

In einem Kommentar in der letzten Woche hat Herr Raúl Zibechi in der Pose des guten Samariters Cité Soleil, eines der ärmsten und bevölkerungsreichsten Viertel der Hauptstadt Port-au-Prince, vorgestellt und dabei über einen Völkermord berichtet, der von den kommerziellen Medien verschwiegen werde. Wir stimmen in keinster Weise mit dem Verfasser überein. Wir sind bestürzt, da wir es als Dolchstoß empfinden, wenn Zibechi, ohne die Wirklichkeit zu kennen, meint, die mexikanische Öffentlichkeit zu informieren, sie in Wahrheit aber desinformiert. In dem Pamphlet schwang sich Raúl Zibechi zum Verteidiger der Rechte und Freiheiten der Bürger von Cité Soleil auf, indem er die UN-Stabilisierungsmission für Haiti – deren Mandat an die staatlichen Sicherheitskräfte gekoppelt ist – bezichtigt, in diesem Viertel einen Genozid zu begehen, was gleichbedeutend wäre mit einer Komplizenschaft des haitianischen Staates. Soweit uns bekannt ist, wurde in Haiti kein Genozid verübt, weil einerseits gar keine Ethnien existieren, und andererseits bei erweiterter Auslegung des Begriffs weder ein Massaker noch systematische Lynchmorde an der Bevölkerung von Cité Soleil verübt wurden. Was es in Haiti gab und gibt, ist eine Situation der Unsicherheit, die hervorgerufen wird durch bewaffnete Banden, die die Bevölkerung terrorisieren, entführen und töten und die in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen handeln. Angesichts einer solchen bedauernden Situation, die dazu führt, dass man uns als gescheiterten Staat ansieht sowie Investoren und Touristen abschreckt, würden wir gerne Herrn Zibechi in seiner Eigenschaft als Mexikaner (Zibechi ist Uruguayer, d. R.) fragen, was die haitianische Regierung denn machen sollte. Was ist zu tun, um die Autorität des Staates wiederherzustellen? Wenn Sie Mitglied dieser Regierung wären, wie hätten Sie reagiert im Dezember 2006, angesichts einer makabren Spirale von Entführungen von Jungen und Mädchen, die gelyncht wurden – hätten die Schulen geschlossen und den Kindern damit die Erziehung vorenthalten werden sollen? Wenn in Haiti der Kampf gegen das organisierte Verbrechen beschlossen wird, wirft man uns vor, ein Unterdrückerstaat zu sein, während beinahe die ganze Welt gegenüber potenten Staaten schweigt, wenn sie in einer ähnlichen Situation Null-Toleranz propagieren. Wenn die Regierung passiv bleibt, werden wir als *failed state* angesehen, der eine internationale Vormundschaft benötigt, da andernfalls die regionale Sicherheit in Gefahr sei. Ein Kommentar muss sich, wenn er nicht rein theoretischer Natur ist, auf Nachforschungen stützen. Wir wollen niemandem eine Lektion erteilen, aber wir würden den Vorschlag machen, statt zu fordern, dass wir alle zu Cité Soleil werden, lieber alle zu Haiti werden. Wenn wir uns in dieser von uns zutiefst bedauerten Situation befinden, so geschieht das nicht aus eigener Wahl. Es stimmt, dass wir zum Teil die Verantwortung dafür tragen, aber wir sind auch Opfer des Systems. Unser Staat hat es verdient, transformiert zu werden, um ihn an die Moderne anzupassen und so auf die Bedürfnisse unserer Bevölkerungen reagieren zu können. Wir sind die ersten, die die Anwesenheit fremder Truppen in unserem Land bedauern. Wer sonst als wir selbst könnte in Lateinamerika und der Karibik mehr Abscheu gegenüber Besatzungstruppen hegen, wie Sie sie nennen? Wir waren und werden auch weiterhin die Freiheit und die Emanzipation par excellence vor der Geschichte verkörpern. ♦

aus Stimmen, die sagen, dass die Teilnahme der Streitkräfte aus Argentinien, Brasilien, Chile, Bolivien und Uruguay eine Form sei, dem Yankee-Expansionismus in der Region einen Riegel vorzuschieben.

Auf jeden Falle hat die Linke auf diesem Kontinent eine Kehrtwendung vollzogen, ohne Debatte und mit dem alleinigen Argument, dass sie nun Regierung ist. Das ist in Uruguay geschehen, einem Land, das 750 Soldaten beisteuert und damit gemessen an der eigenen Bevölkerung das am meisten engagierte Land ist. Was im Juli 2004, als die MINUSTAH gebildet wurde, noch als schmutziges Spiel des Imperiums galt, hat sich ein Jahr später in vernünftiges Handeln zur Demokratisierung Haitis verwandelt. Auf diese Weise hat das uruguayische Parlament einer ansehnlichen Aufstockung des Militärkontingents zugestimmt. Es gab nur einen Abgeordneten unter mehr als 50, der sich traute, seine Stimme gegen diesen Positionswechsel zu erheben. In Brasilien, Argentinien und Chile wurde noch weniger darüber debattiert. In Bolivien blockierte Evo Morales nach Aussagen des Ex-Ministers Andrés Soliz Rada jeglichen Versuch, das Thema zu debattieren. Linke Regierungen dürfen sich nicht mit Truppenentsendungen in andere Länder engagieren, vor allem nicht bei flagranten Menschenrechtsverletzungen, die in Haiti Züge eines Genozids an den Armen aufweisen. Tatsächlich geschieht dies in den ärmsten Vierteln der städtischen Peripherie von Port-au-Prince, wo die Blauhelme mit größter Härte vorgehen. Brian Concannon, Direktor des Instituts für „Demokratie und Gerechtigkeit in Haiti“, sagt, es falle schwer, keine Beziehung zwischen den großen Demonstrationen in Cité Soleil und den Vierteln herzustellen, die die UNO für die Durchführung ihrer ausufernden militärischen Operationen ausgewählt hat.

Dies ist ein Krieg gegen die Armen, der angeführt wird von Regierungen, die behaupten, auf der Seite der Armen zu stehen. Es gibt eine enge Beziehung zwischen den Handlungen unserer Soldaten in den Armenvierteln Haitis und der Militarisierung der Slums und Elendsviertel der großen lateinamerikanischen Städte. Der brasilianische Abgeordnete Marcelo Freixo sagt: „Die Favelas bilden den vom öffentlichen Feind besetzten Raum, einen Raum der Rechtlosigkeit, der die Unordnung und die Unsicherheit in einem Maße repräsentiert, dass man inzwischen so weit gekommen ist, einen Panzer dort zu platzieren, der auf die Gemeinde zielt.“ Diese „Sicherheitspolitik“ tritt an die Stelle der Erweiterung der Rechte der jungen schwarzen Favelabewohner. In diesem Sinne handelt die MINUSTAH genauso wie die brasilianische Armee in den Favelas: Die Armen werden kriminalisiert.

Vor einem Jahrhundert überschritt die deutsche Sozialdemokratie den Rubikon, als sie die Kolonisierung der Dritten Welt und den imperialistischen Krieg von 1914 unterstützte. Diese Haltung in der Außenpolitik fand ihre heimische Entsprechung in der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die in den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gipfelte. Eine Linke, die sich mit dem Blut derer von unten befleckt, hat aufgehört, Linke zu sein. Die Solidarität mit der gepeinigten Bevölkerung von Cité Soleil ist notwendig – aber auch die beste Art, uns selbst zu verteidigen: im Krieg gegen die Armen, der vielleicht schändlichsten Seite der progressiven und linken Regierungsfähigkeit. ♦

aus: *La Jornada*, 25. Februar 2007
Übersetzung u. Bearbeitung: Ulrich Mercker